

NEWSLETTER KLIMA-ANTIREPRESSION #26

Hallo,

hier sind wir mal wieder mit guten und schlechten Nachrichten rund um Repressionen und Klima. In unserem Schwerpunktthema wollen wir diesmal für euch sortieren, was es für unterschiedliche Gerichte in diesem Land gibt und wofür sie zuständig sind. Viel Spaß und seid ungehorsam!

Inhalt:

NEWS

RHEINLAND

Lützerath: Widerstand durch Abseilen?

Lützerath/Saarbrücken: Thea in U-Haft

Block Neurath: Revision verworfen

Block Neurath: Solidarität strafbar?

NORDEN

Autobahnabseilprozess Achim

Flensburg: Haft fürs nicht aufstehen

OSTEN

Umweltaktivist*innen gewinnen gegen Unterlassungsklage des Braunkohlekonzerns

LEAG ++ Gericht: ‚menschengerechtes Erdklima‘ grundsätzlich ein notstandsfähiges Rechtsgut

BUNDESWEIT

EG als Verdachtsfall im Visier des VS

Letzte Generation: Abschreckung nimmt kein Ende

SCHWERPUNKT: Gericht hier, Gericht dort, Gerichte sind zum Essen da
Strafgericht, Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht,
Verwaltungsgericht, Sozialgericht, Arbeitsgericht, Finanzgericht
Bundesverfassungsgericht, Europäischer Gerichtshof

NEWS

RHEINLAND

Lützerath: Widerstand durch Abseilen?

Anderthalb Jahre nach der Räumung von Lützerath ist das Kapitel für die Strafverfolgungsbehörden noch lang nicht abgeschlossen, hartnäckig und kreativ werden Aktivist*innen verfolgt. Die neueste Idee: Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte durch Hängen an einem Seil bei einer mit Lützerath solidarischen Kletteraktion des rollfenden Widerstands (rollstuhlfahrende und laufende Menschen gemeinsam). **Am Amtsgericht Jülich ist nun für den 4.11.2024 um 11.30 ein Prozess angesetzt.** Unter dem Motto: „Fight Capitalism! Fight Ableism! Lützi lebt in unseren Herzen weiter.“ wird zu solidarischer Prozessbegleitung aufgerufen.

<https://antirrr.nirgendwo.info/2024/08/22/prozessankuendigung-vom-rollfenden-widerstand/>

Lützerath/Saarbrücken: Thea in U-Haft

Ebenfalls den langen Arm der Repressionbehörden bekommt Thea zu spüren. Thea wurde bei Saarbrücken in der Waldbesetzung im Hanni verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt. Der Vorwurf ist tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte im Rahmen der Räumung von Lützerath. Thea wird zur Zeit in der JVA Willich I festgehalten. **Schreibt Briefe und zeigt eure Solidarität** - bis alle frei sind. Die Adresse dafür lautet: „Thea“, Buchnummer 938/24/4, Gartenstraße 1, 47877 Willich.

Block Neurath: Revision verworfen

Viel berichtet wurde auf unserer Website über die BlockNeurath-Verfahren (alle Prozessberichte könnt ihr dort nachlesen). Jetzt hat das Oberlandesgericht Düsseldorf über die eingelegte Revision der ersten Person entschieden und sie abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, dass das eingesparte CO2 durch die Aktion egal sei, weil ein Polizeieinsatz auch CO2 produziere. Nachgerechnet hat das von denen in den Größenordnungen niemand - trotzdem ist das Urteil von 120 Tagessätzen jetzt rechtskräftig.

Währenddessen steht in Mönchengladbach die Berufungsverhandlung gegen die dritte angeklagte Person an: **Jeweils um 9:15 Uhr, Landgericht Mönchengladbach am Di, 26.11., Fr, 6.12., Di, 17.12. und Fr, 20.12.2024.**

Ihr könnt die Betroffenen auch gerne für einen Vortrag anfragen. **Schaut unbedingt kurz vorher auf unsere Website für aktuelle Termine, oft werden diese vom Gericht kurzfristig abgesagt oder verschoben!**

<https://antirrr.nirgendwo.info/block-neurath/>

Block Neurath: Solidarität strafbar?

Die BlockNeurath-Prozesse wurden frech und widerständig geführt und viel Leute zeigten ihre Solidarität. Diese Unterstützung passt den Repressionsbehörden nicht und deshalb werden stellvertretend mehrere der solidarischen Personen angeklagt. Doch die Versuche, Solidarität mundtot zu machen, uns davon abzuhalten ihrer Repression offensiv etwas entgegen zu setzen und Versammlungsfreiheit einzuschränken, weisen wir entschieden zurück. Wenn die Behörden sich entscheiden, lieber gegen uns vorzugehen als gegen die Klimakatastrophe, heißt es wohl weiter: Solidarisch gegen ihre Repression! Gegen Strafe, Haft und Kohlekraft!

Eine Übersicht der eingeleiteten Verfahren rund um die Prozesse findet ihr hier:

<https://antirrr.nirgendwo.info/2024/09/03/blockneurath-solidaritaet-soll-strafbar-sein/>

NORDEN

Autobahnabseilprozess Achim

Diesmal waren gleich mehrere Abseilaktionen Thema vor dem Amtsgericht Achim. Eine, die unangemeldet zur Verkehrsministerkonferenz in Bremen 2021 stattfand und eine, die 2024 am Tag vor dem Urteil angemeldet an der Brücke neben der Schilderbrücke stattfand, an dem die Aktion damals lief. Die Richterin musste zwar arg suchen, bis sie ein Argument fand, warum das eine strafbar ist und das andere nicht. Doch Gerichte sind kreativ und so wurden die beiden Angeklagten am Ende zu 70 bzw. 90 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt. Die Willkür zeigt sich auch anders: Die Verfahren zu vergleichbaren Aktionen auf dem Stadtgebiet Bremens sind längst eingestellt.

Bericht Tag 1: <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/08/04/eine-strassenbahn-fuer-achim-oder-die-bitte-bitte-richterin/>

Bericht Tag 3 und 4: <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/09/01/tag-3-und-4-im-amtsgericht->

achim/

Bericht Tag 5 (Verurteilung): <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/10/02/achim-angemeldete-abseilaktion-am-vortag-und-trotzdem-verurteilt/>

Flensburg: Haft fürs nicht aufstehen

Ganz im Norden war das Landericht Flensburg berufen, ebenfalls über eine Autobahnabseilaktionen zu Gericht zu sitzen. Weil der Verteidiger einer der Angeklagten Akteneinsicht wollte, die Angeklagte das einforderte und sich weigerte, sich absurden Aufstehritualen zu unterwerfen, steckte der Richter sie gleich für sieben Tage (die Maximaldauer) in Ordnungshaft. Der Prozess wurde dann nach zwei weiteren Verhandlungstagen ausgesetzt und beginnt nun mit neuem Richter von vorn.

Zum Nachlesen:

Bericht Tag 1: <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/07/21/prozess-und-klimakrise-egal-hauptsache-wir-kriegen-sie-in-den-knast/>

Knastpost: <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/07/24/knastpost-ii-wer-oder-was-verdient-respekt/> und <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/07/24/knastpost-von-ibi/>

Bericht Tag 2: <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/08/07/flensburg-good-judge-bad-judge-bericht-vom-zweiten-prozesstag-der-berufungsverhandlung/>

Bericht Tag 3: <https://autofrei.noblogs.org/post/2024/08/16/landgericht-flensburg-duerfen-personen-diversen-geschlechts-doch-rein/>

OSTEN

Umweltaktivist*innen gewinnen gegen Unterlassungsklage des Braunkohlekonzerns LEAG ++
Gericht: ‚menschengerechtes Erdklima‘ grundsätzlich ein notstandsfähiges Rechtsgut ++

Menschen, die fürs Klima kämpfen, berufen sich immer wieder auf den sogenannten "Notstand" (§34 StGB) zur juristischen Rechtfertigung. So wie Notwehr oder Nothilfe bedeutet das, dass etwas nicht als Straftat gilt, wenn dadurch ein größeres Übel verhindert wird - z.B. etwas, das die Gesundheit oder Lebensgrundlage aller zerstört. Allerdings entscheiden Richter:innen sehr unterschiedlich, ob der Klimawandel bzw. Klimazerstörung als so ein Notstand gilt. Oft wird behauptet, diese eine Kohlekraftwerk oder dieser eine Flughafen wären ja nicht ausschlaggebend für die globalen Emmissionen etc. bla bla. In diesem Fall hat jedoch das Landgericht Cottbus sich der Argumentatio der Aktivist:innen angeschlossen, welche Anfang 2019 zwei Kohlebagger besetzt hatten: Ein ‚menschengerechten Erdklima‘ ist ein grundsätzlich notstandsfähiges Rechtsgut.

<https://www.ende-gelaende.org/press-release/pressemitteilung-vom-27-09-2024/>

BUNDESWEIT

EG als Verdachtsfall im Visier des VS

Der Verfassungsschutz beobachtet Ende Gelände als linksextremistischen Verdachtsfall. Klar scheint das wichtiger zu sein als sich mit den gefährlichen Rechtsextremen von AfD und Co zu beschäftigen. Die Reaktionen auf die Beobachtung sind unterschiedlich: Während die einen betonen, wie demokratisch Ende Gelände sei, meinen andere, es wäre wichtig zur Forderung nach "system change" zu stehen. Einige stellen den Verfassungsschutz selbst in Frage, denn ein Geheimdienst, der selbst permanent Grundrechte bricht ist wohl am wenigsten geeignet die

Verfassung zu schützen.

<https://www.ende-gelaende.org/news/solidaritaetserklaerung-mit-ende-gelaende-%e2%86%92-jetzt-unterschreiben/>

Letzte Generation: Abschreckung nimmt kein Ende

Bei der Letzten Generation haut der Staat gerade besonders hart drauf. Es gab Hausdurchsuchungen und DNA-Abnahmen wegen einer Flughafenblockade gegen fossile Brennstoffe (bei der alle ihre Personalien angaben). In Berlin wurden 16 Monate ohne Bewährung für eine Straßenblockade verhängt. Wir sind zwar noch nicht bei mehrjährigen Haftstrafen wie in Großbritannien gegen die Aktiven von "Just Stop Oil", trotzdem ist das eine Entwicklung, die uns allen Sorge bereiten sollte - deshalb fordern wir auch an dieser Stelle zu Solidarität auf. Vielleicht also bei der nächsten Gelegenheit mal eine Soli-Aktion für diejenigen machen, die euch nicht sowieso schon besonders nahe stehen - vollkommen unabhängig davon, ob in die Gegenrichtung etwas zurück kommt? Es ist wichtig, weil am Ende treffen Repressionen wie DNA-Datenbanken und Verfahren wegen angeblicher krimineller Vereinigungen uns alle (und leider nicht RWE und LEAG).

Gericht hier, Gericht dort, Gerichte sind zum Essen da

Heute wollen wir mal schauen, welche Gerichte eigentlich für was zuständig sind. In der BRD ist das alles relativ kompliziert geregelt. Es gibt verschiedene Gerichtsbarkeiten, die dann jeweils für bestimmte Sachen zuständig sind. Um damit nicht vollkommen überfordert zu sein, wollen wir euch das heute ein bisschen erklären.

Strafgerichte

Allgemein gibt es in Deutschland drei Bereiche: Die Verfassungsgerichtsbarkeit, die ordentliche Gerichtsbarkeit und die besondere Gerichtsbarkeit. Zur ordentlichen Gerichtsbarkeit gehören Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte, hier werden Strafsachen/Straftaten und Rechtsstreitigkeiten unter Bürger:innen verhandelt. Zur besonderen Gerichtsbarkeit gehören Sozial-, Arbeits-, Finanz- und Verwaltungsgerichte. Hier geht es meist um Streitigkeiten zwischen Menschen und Behörden.

Die Gerichte, welche zur Strafgerichtsbarkeit gehören, sind für das zuständig, was wir so allgemein mit Gerichten verbinden: Menschen werden irgendwelche kriminellen Sachen vorgeworfen und die Gerichte verurteilen sie zu Bußgeldern, Geld- oder Haftstrafen. Auch zivilrechtliche Streitigkeiten werden an diesen Gerichten verhandelt, d.h. wenn wer von wem Geld fordert wegen irgendwelcher Verträge, Schadensersatz fordert oder irgendwelche Unterlassungsansprüche hat (siehe auch hier: <https://antirrr.nirgendwo.info/publikationen/unterlassungserklaerungen/> und hier <https://antirrr.nirgendwo.info/publikationen/geldforderungen/>).

Amtsgericht

Das Strafgericht, mit dem wir am häufigsten zu tun haben, ist das Amtsgericht. Das gibt es in der Regel in allen etwas größeren Orten und Landkreisen. Das Amtsgericht verhandelt die übliche Kriminalität, z. B. Hausfriedensbrüche zum Schaden von RWE, oder Widerstand bei Auseinandersetzungen mit den Cops und vieles mehr.

Landgericht

Beim Landgericht landen Menschen, weil die zu erwartenden Strafen sehr hoch sind und dann

direkt dort begonnen wird (bei mehr als 4 Jahren erwartete Haftstrafe). Oder sie kommen dorthin, wenn sie oder die Staatsanwaltschaft mit einem Urteil des Amtsgerichts nicht zufrieden waren und sie in Berufung gehen. Dann wird vor dem Landgericht der Fall neu aufgerollt.

Oberlandgericht

Noch weiter hoch geht es dann zum Oberlandgericht, was über Revisionen beim Landgericht entscheidet und zum Bundesgerichtshof. Bei Revisionen findet dann nur eine Überprüfung des Urteils auf Formfehler statt, es wird nicht neu verhandelt und Beweise erhoben. Ist die Revision erfolgreich, muss das vorher entscheidende Gericht erneut verhandeln.

Verwaltungsgerichte

Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche andere Gerichte. Häufiger zu tun haben wir es auch mit Verwaltungsgerichten, diese verhandeln beispielsweise Klagen gegen Demonstrationsauflagen, Klagen zur Feststellung der Rechtswidrigkeit von Polizeimaßnahmen oder gegen Gebührenbescheide der Polizei. Sie entscheiden aber auch über die Rechtmäßigkeit von Bauvorhaben. Viele der Verfahren passieren rein schriftlich. Es gibt Verwaltungsgerichte, bei denen die Klagen eingereicht und Obergerichte (eins in jedem Bundesland) die dann verhandeln, wenn gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte Rechtsmittel eingelegt werden. Danach gibt es dann noch das Bundesverwaltungsgericht.

Sozialgerichte

Sozialgerichte entscheiden - wieder in mehreren Instanzen - über sozialrechtliche Fragen, oft sind das beispielsweise Bescheide fürs Bürgergeld. Hier sind etwa die Hälfte der Bescheide von Jobcentern rechtswidrig, was viel darüber aussagt, wie der Staat so mit den Ärmern umgeht.

Arbeitsgerichte

Bei Streitigkeiten um den Job sind dann die Arbeitsgerichte zuständig, zum Beispiel bei Klagen gegen Kündigungen oder auf gleiches Gehalt für gleiche Arbeit.

Finanzgerichte

Fast nie zu tun haben wir mit der Finanzgerichtsbarkeit. Diese beschäftigt sich mit Klagen gegen Finanzbehörden wegen irgendwelcher Steuern und Abgaben. Sie sei hier der Vollständigkeit halber aber auch erwähnt.

Bundesverfassungsgericht

Wenn direkt Grundrechte betroffen sind und der normale Gerichtsweg erfolglos war, können sich Menschen an das Bundesverfassungsgericht wenden mit einer Verfassungsbeschwerde. Der Großteil der Beschwerden wird nicht zur Entscheidung angenommen, aber selten gibt es auch mal positive Urteile beispielsweise zur Einschränkung der Ausweitung der Überwachung oder zur Demonstrationsfreiheit.

Europäischer Gerichtshof

Bei der Verletzung von Menschenrechten können sich Personen danach dann nur noch an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden. Das geht wieder nur, wenn auf nationaler Ebene alles versucht wurde und die Verfahren dort dauern oft viele Jahre.